



KOMMUNALWAHL 2024

WAHLPROGRAMM



am 9. Juni 2024

GRÜN WÄHLEN

KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2024-2029

Liebe Hallenser*innen,

unsere wunderschöne Stadt Halle entwickelt sich rasant zu einer lebendigen und liebenswerten Metropole in Mitteldeutschland. Diesen Aufstieg verdanken wir nicht nur den engagierten Bürger*innen, sondern auch den Hochschulen, Kultureinrichtungen, Unternehmen, Stadtteilinitiativen und vielen anderen Mitwirkenden. Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Halle (Saale) setzen wir uns leidenschaftlich dafür ein, das enorme Potential unserer Stadt weiter zu entfalten.

Unsere Ziele für die kommende Wahlperiode von 2024 bis 2029 können Sie im Folgenden kennenlernen. Mithilfe unserer Vertreter*innen im Stadtrat streben wir an, dass Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Lebensqualität und Weltoffenheit im Mittelpunkt unserer politischen Agenda stehen.

Wählen Sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Ihren 3 Stimmen zur Kommunalwahl 2024 und unterstützen Sie unsere Ziele.

Inhalt

1 KLIMAAANPASSUNG, KLIMASCHUTZ, TIERSCHUTZ, NATURSCHUTZ, UMWELTSCHUTZ.....	2
2 BILDUNG, GESUNDHEIT, WOHNEN, GEMEINSCHAFT, SOZIALES, EINWOHNER*INNENBETEILIGUNG	5
3 SPORT, KUNST UND KULTUR, TOURISMUS, ZUKUNFTSZENTRUM.....	11
4 ARBEIT, TRANSPARENZ, DIGITALISIERUNG, STADTVERWALTUNG, HAUSHALT, FINANZEN	14
5 MOBILITÄT, STADTENTWICKLUNG, WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT, EUROPA.....	17
6 KINDER- UND JUGENDHILFE, ORDNUNG, SICHERHEIT, KAMPF GEGEN RECHTS, GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT, ALTERSGERECHTIGKEIT	22

1 KLIMAANPASSUNG, KLIMASCHUTZ, TIERSCHUTZ, NATURSCHUTZ, UMWELTSCHUTZ

Klimaanpassung

Extremwetterereignisse, Starkregen, Hitze – die Klimakrise ist da, das spüren wir. Viele Menschen fühlen sich ohnmächtig und sorgen sich vor der Zukunft. Doch wir sind nicht ohnmächtig, wir können unsere Zukunft noch selbst gestalten. Im Zentrum unseres Handelns stehen der Erhalt der Natur, gutes und nachhaltiges Wirtschaften und unser friedliches und sicheres Zusammenleben. Dafür müssen wir dringend einen wichtigen Beitrag in Halle leisten:

- effektives Klimaanpassungskonzept erarbeiten, Finanzierung sicherstellen und auf zeitnahe Umsetzung bestehen,
- Stadtgrün erhalten, pflegen und weiterentwickeln, Neuversiegelung bei städtischen Bauvorhaben und in Bebauungsplänen minimieren, und durch Entsiegelung städtischer Flächen ausgleichen,
- die Waldflächen in der Dölauer Heide in Dauerwald umwandeln,
- verantwortungsvoll mit der Ressource Wasser umgehen,
- als Schutz vor Starkregenereignissen und Dürre sollte abfließendes Regenwasser vermehrt zur Bewässerung unseres Stadtgrüns verwendet und zwischengespeichert werden, anstatt in die Kanalisation eingeleitet zu werden (Entwicklung zur Schwammstadt),
- Stadt und Menschen vor Hochwasser schützen durch naturnahe Flüsse sowie der Bewahrung und Schaffung neuer Überflutungsflächen,
- stadtnahe Landwirtschaftsflächen erhalten und Priorisierung von Biolandwirtschaft bei der Landverpachtung zum Erhalt der Artenvielfalt und Minimieren der Schadstoffbelastung,
- Hitzeschutzmaßnahmen insbesondere für vulnerable Personen verwirklichen,
- ausreichend Trinkwasserspender im öffentlichen Raum schaffen,
- grüne Infrastruktur stärken, Baumdefizit ausgleichen, Grünflächenpflege intensivieren,

- Mikroklima verbessern, Dach- und Fassadenbegrünung initiieren und fördern,
- Abteilung Stadtgrün finanziell und personell stärken.

Klimaschutz

Wir nehmen das „Energie- und Klimapolitische Leitbild der Stadt Halle“ beim Wort: Es ist und bleibt eine große Herausforderung, die im Pariser Klimaabkommen vereinbarte Grenze von 1,5 Grad Erderwärmung einzuhalten. Hauptziel ist, Klimaneutralität deutlich vor 2040 zu erreichen. Dazu müssen wir den CO₂-Ausstoß in der Stadt stark senken. Die Umsetzung folgender Maßnahmen ist daher dringend:

- Mobilitätswende beschleunigen: ÖPNV ausbauen, Radverkehr und Fußverkehr stärken, Car-Sharing ausweiten,
- Kreislaufwirtschaft stärken,
- städtische Verpackungsabgabe einführen,
- ökologisches und nachhaltiges Bauen vorantreiben,
- konsequente Verfolgung und Umsetzung der im „Energie- und Klimapolitischen Leitbild der Stadt Halle“ verfassten Ziele,
- die Umsetzung des „Energie- und Klimapolitischen Leitbildes der Stadt Halle“ jährlich bilanzieren,
- Sonne nutzen, Photovoltaik auf allen geeigneten städtischen Gebäuden und Gebäuden der städtischen Gesellschaften installieren, aktuelles Solarkataster initiieren,
- Parkplätze zur Produktion von Sonnenenergie nutzen,
- Gründung einer städtischen Energiegenossenschaft zur Erleichterung der Solarstromproduktion auf Mehrfamilienhäusern,
- Planungssicherheit durch kommunale Wärmeplanung vorantreiben, Fernwärmetransformation schnellstmöglich und konsequent umsetzen, insbesondere durch Nutzung industrieller Abwärme,

- Bürger*innenenergiefond der Stadtwerke zum Solar- und Windkraftausbau gründen, um die Bürger*innen am Gewinn zu beteiligen, eine Stromcloud für Kund*innen der Stadtwerke anbieten,
- 100 % Recyclingpapier wie in der Stadtverwaltung schon umgesetzt, an Schulen, und allen städtischen Liegenschaften einführen,
- Mülltrennung an sämtlichen Liegenschaften, im öffentlichen Raum und in Schulen konsequent umsetzen,
- die Gründung des kommunalen Klimaschutzrates unterstützen und voranbringen, um fachkundige Unterstützung durch die Zivilgesellschaft zu erleichtern und durch ihre Beteiligung, die Akzeptanz städtischer Klimaschutzmaßnahmen zu erhöhen.

Naturschutz und Umweltschutz/Tierschutz

Eine artenreiche Stadtnatur wirkt sich positiv auf unsere Gesundheit und unsere Lebensqualität aus. Diese gilt es zu erhalten und zu stärken:

- Artenvielfalt fördern, Lebensräume sichern und neues Schutzgebiet Seebener Berge ausweisen,
- Förderung von gemeinschaftlich-genutzten Quartiersgärten und Unterstützung bei der privaten Bepflanzung von Baumscheiben von Stadtgrün,
- zusätzliche Blühflächen und Langgraswiesen,
- Wissen vermitteln, Schulgärten, Vereine und Initiativen im Bereich Natur- und Umweltschutz stärken und fördern,
- Naturschutz umsetzen, Personal in der Unteren Naturschutzbehörde aufstocken,
- die Öffentlichkeit über Wasserqualität der Saale laufend informieren,
- wertvolle Arbeit des Tierheims langfristig finanziell sichern.

2 BILDUNG, GESUNDHEIT, WOHNEN, GEMEINSCHAFT, SOZIALES, EINWOHNER*INNENBETEILIGUNG

Bildung

Gute Bildung braucht gute Schulen. Deswegen müssen bis 2030 alle maroden Schulgebäude saniert werden. Unter anderem die Grundschule Südstadt, Grundschule Preußler, KGS Hutten, BBS List, Grundschule Radewell, Johannesschule, Grundschule Kirchteich, Grundschule Heide, Grundschule Kanena/Reideburg.

Bei Bedarf müssen auch neue Schulgebäude unter Nutzung von Schulbauförderprogrammen des Landes und von Eigenmitteln der Stadt gebaut werden. Unter anderem die Grundschule Schimmelstraße, Grundschule Luxemburg, Förderschule Lindgren, Außenstelle Thomas Müntzer Gymnasium, Erweiterungsbau Grundschule Büschdorf, Erweiterungsbau Grundschule Dölau.

Darüber hinaus müssen an allen Schulen folgende Maßnahmen in den Blick genommen werden:

- Schulgebäude an den Klimawandel anpassen, z.B. durch das Installieren von Außenrollos, Belüftungsanlagen (mit Partikelfiltern), Klimaanlage, Wärmepumpen und Gebäudebegrünungen,
- ausreichend Sporthallenkapazitäten für Schulen bereitstellen und offene Kapazitäten für Sportvereine zur Verfügung stellen,
- Schulgärten an allen Schulen auf Wunsch ermöglichen,
- Schwimmunterricht anbieten, der allen Schüler*innen das Schwimmenlernen ermöglicht, auch älteren Schüler*innen, die z.B. durch Ausfälle während der Coronapandemie nicht schwimmen lernen konnten,
- Kooperation aller an Bildung, Sozialarbeit und Gesundheitsvorsorge Beteiligten zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen verstärken,
- Übergang in die Berufsausbildung begleiten, z.B. gebündelt über vorhandene Programme für Auszubildende und Firmen informieren,
- Schulhausmeister*innen und Schulsekretär*innen in auskömmlichen Umfang zur Verfügung stellen,

KOMMUNALWAHLPROGRAMM

2024-2029

- attraktive Schulspeisungen mit leckerem, nachhaltigem, regionalem und gesundem Essen und Plätzen an der frischen Luft anbieten, dabei sollen vegane und vegetarische Angebote für alle Kinder ermöglicht werden und ein fester Anteil an Bio-Lebensmitteln eingeführt werden, der regelmäßig evaluiert werden soll, gleiches soll auch für kommunale Kindertageseinrichtungen gelten,
- allen Schüler*innen die Teilnahme an der Schulspeisung ermöglichen, z. B. durch das Ausgleichsprogramm „Bildung und Teilhabe“,
- Trinkwasserspender in allen Schulen einrichten,
- Grüne Klassenzimmer, Schattenräume und Schattenflächen für sommerliches Lernen ermöglichen,
- grüne, ansprechende und abwechslungsreiche Schulhöfe unter Vorgabe von großflächiger Entsiegelung bauen,
- Nutzung von Schulhöfen als Freiräume außerhalb von Schulzeiten ermöglichen,
- Nutzung von Schulgebäuden außerhalb der Schulzeit ermöglichen,
- sichere und ausreichende Fahrradabstellanlagen in jeder Schule zur Verfügung stellen,
- Bibliotheken als Wissens- und Arbeitsräume an allen Schulen ermöglichen,
- ausreichend Aufenthalts- und Ruheräume für jede Schule vorsehen,
- Ausbau der beruflichen Orientierung an allen allgemeinbildenden Schulformen vorantreiben.

Schulen mit besonderen Herausforderungen benötigen erweiterte Maßnahmen:

- Schulen identifizieren und mit besonderer Förderung ausstatten, z. B. bei Nachhilfe, Nachmittagsangeboten in Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden, ggf. auch über Hortangebote hinaus,
- bessere Personalausstattung insbesondere bei Schulsozialarbeiter*innen und Unterrichtsbegleiter*innen (im Sinne von Classroom Assistents) ermöglichen,
- Unterstützungsmaßnahmen zur Integration geflüchteter Schüler*innen ermöglichen, v. a. im Sprachenlernen und Aufholen von versäumtem Unterrichtsstoff, Unterstützung beim Zugang zu Sport- und anderen Vereinen.

Demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen stärken:

- Kinder- und Jugendbeteiligung an jeder Schule fördern,
- beschlossenes stadtweites Kinder- und Jugendparlament umgehend umsetzen, welches die verschiedenen Lebensrealitäten der Schüler*innen darstellen soll,
- Unterstützung der schulischen Antidiskriminierungsarbeit.

Inklusion an allen Kitas und Schulen tatsächlich leben:

- Forderung an die Landesregierung, mehr Personal zur Verfügung zu stellen,
- bessere Verzahnung für gutes Lernen durch Ganztagsangebote schaffen,
- Angebot von Hortplätzen wohnortnah ausbauen,
- für stärkere Hortnutzung werben, um Bildungs- und Teilhabechancen zu erhöhen,
- bessere Verknüpfung zwischen Schul- und Hortgebäuden zur Verbesserung der pädagogischen Qualität,
- Behindertenbeirat bei Schulbausanierungen zu Rate ziehen.

Schulen auf dem Weg zur Nachhaltigkeit unterstützen:

- Schulwege absichern und nachhaltigen Verkehr (zu Fuß, per Rad, per ÖPNV) ermöglichen,
- Schulstraßen sollen nach Wiener Modell eingerichtet und ausgebaut werden, außerdem setzen wir uns für eine Förderung und Stärkung des Fahrradbusses ein,
- kostenloser ÖPNV für alle Schüler*innen ermöglichen; als Zwischenlösung ein 9-Euro-Ticket anbieten,
- ökologische und nachhaltige Standards bei der Neuanschaffung von Schulausstattungen- und Materialien einhalten,
- Energie- und Nachhaltigkeitsprojekte anbieten.

Schulen bei der Digitalisierung unterstützen:

- Umsetzung von Breitband- und IT-Ausstattung an allen Schulen gewährleisten,

KOMMUNALWAHLPROGRAMM

2024-2029

- digitale Infrastruktur in allen Schulen einrichten und mit ausreichend Personal für eine professionelle Verwaltung der IT-Infrastruktur ausstatten,
- allen Lehrer*innen und Schüler*innen Medien- und digitale Kompetenzen vermitteln,
- ausreichende inhaltliche und technische Unterstützung ("Support") für Lehrer*innen zur Verfügung stellen,
- digitale Teilhabe durch jugendschutzgerechten, sonst freien Internetzugang für alle Schüler*innen mit eigenen oder durch die Schule gestellten Geräten ermöglichen.

Schulsozialarbeit ausbauen und unterstützen:

- jeder Schule mindestens eine*n Schulsozialarbeiter*in, Schulen mit besonderen Problemlagen bis zu vier Schulsozialarbeiter*innen zur Verfügung stellen,
- nach Auslauf der europäischen Förderung, Land in Pflicht ziehen, Schulsozialarbeiter*innen zu finanzieren.

Hochschulen auf kommunaler Ebene unterstützen:

- Attraktivität Halles für Studierende erhöhen,
- Kooperation mit allen Hochschulen erfolgreich weiterführen.

Wir setzen uns für eine starke Volluniversität ebenso wie für die Kunsthochschule ein. Dazu gehört der Einsatz, auf Landesebene, für eine Ausfinanzierung der MLU.

Gemeinschafts- und Gesamtschulen unterstützen:

- Unterstützung von Schulen, die sich zu Gemeinschaftsschulen umwandeln wollen, für ein längeres gemeinsames Lernen,
- Kapazitäten im Bereich der gut nachgefragten Gesamtschulangebote erweitern.

Gesundheit

Die Gesundheit Aller ist von unschätzbarem Wert und beeinflusst nicht nur unser persönliches Wohlbefinden, sondern auch das Funktionieren unserer Gesellschaft insgesamt. Die Gewährleistung einer umfassenden Gesundheitsversorgung und die Förderung eines gesunden Lebensstils sind sicherzustellen:

KOMMUNALWAHLPROGRAMM

2024-2029

- Zugang zu guter Gesundheitsversorgung für alle, insbesondere Ermöglichung zeitnaher Facharzttermine fördern,
- MediNetz Halle/Saale e. V. und vergleichbarer Organisationen als Anlaufstelle für Menschen ohne Krankenversicherung fördern,
- Gesundheitsaspekte bei ganzheitlicher Stadtplanung berücksichtigen,
- proaktiv EU-Luftreinhalterichtlinien umsetzen, dabei auch stadtplanerischer Umweltgerechtigkeit berücksichtigen,
- saubere Luft durch Verminderung der Schadstoffbelastung schaffen,
- Lärmschutz bei der Stadtplanung konsequent mitdenken,
- Lichtverschmutzung durch intelligente Beleuchtung vermindern,
- gesunde Ernährung durch Unterstützung und bessere Vermarktung ökologischer, regionaler und saisonaler Produkte fördern.

Wohnen und Gemeinschaft

Die Art und Qualität unseres Wohnraums sowie die Stärkung des Zusammenlebens prägen nicht nur unser tägliches Leben, sondern haben einen unmittelbaren Einfluss auf die Lebensqualität und das soziale Gefüge unserer Bürger*innen. Dies soll erreicht werden durch:

- soziale gesellschaftliche Vielfalt in allen Wohnquartieren fördern,
- verbindliche Sozialquote bei allen neu zu errichtenden Wohnquartieren einplanen,
- bezahlbaren Wohnraum für Mehrkeindfamilien schaffen,
- gemischte Wohnquartiere z. B. durch Wohnungstauschbörsen oder bei Grundstücksverkäufen durch die Stadt, erhalten,
- mittels Vorkaufsrechts der Stadt Einfluss auf soziale Entwicklung der Quartiere nehmen,
- wohnortnahe Alltagsversorgung mit allen notwendigen Einrichtungen durch Stadtplanung (Bildung, Gesundheit, Nahversorgung, Freizeit, Kultur) im Sinne der 15-Minuten-Stadt fördern,
- Gemeinschafts- und Mehrgenerationen-Wohnprojekte unterstützen,

- Gemeinschaftsgärten, Kleingärten sowie „Essbare Stadt“-Projekte fördern,
- Quartiersmanagements (finanziell und personell) erhalten und stärken,
- Gemeinwohlorientierung in den Fokus der städtischen Wohnungsgesellschaften rücken,
- mittelfristig sollen die beiden Wohnungsgesellschaften fusionieren, um langfristig Synergien zu erzeugen und Kosten zu reduzieren.

Soziales

Eine gerechte und inklusive Gesellschaft bildet die Grundlage für das Wohlergehen aller Bürger*innen. Um die sozialen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen und eine lebendige sowie sozial verantwortliche Gemeinschaft aufzubauen, braucht es konkrete Maßnahmen und Lösungsansätze:

- Wärmestuben für Obdachlose und Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung stellen,
- gemeinnützige Veranstaltungen ohne städtische Gebühren ermöglichen,
- Handlungsstrategien entwickeln und evaluieren, um die Interessen von Partymenschen und Anwohner*innen in Einklang zu bringen,
- altersgerechte Stadt (ausreichend Sitzgelegenheiten, barrierefreie Wege, Still- und Wickelplätze, öffentliche Toiletten u. a.) entwickeln,
- Hilfs- und Beratungsangebote, z. B. Schuldner*innenberatung, Suchtberatung, Ehe-, Familien-, Lebensberatung fördern und unterstützen,
- für ausreichend bezahlbaren Wohnraum für Studierende sorgen,
- ehrenamtliches Engagement als wichtige Säule der Gesellschaft fördern, z.B. den lokalen Partner „Hallianz für Vielfalt“.

In Halle streben wir nach einer lebendigen Stadt, in der eine breite politische Teilhabe von Einwohner*innen angestrebt wird. Dazu planen wir die Einführung von lokalen Bürger*innenräten, um die Beteiligung weiter zu stärken. Daraus resultieren:

- Vielfältige, politische Teilhabe, Ergänzung zu Stadtrat und Bürgerbegehren, themenorientierte, dialogorientierte Gremien, Vertretung vielfältiger Lebensrealitäten, Lösung von akzeptanzabhängigen Problemen, parteiübergreifende, sachorientierte Empfehlungen.

3 SPORT, KUNST UND KULTUR, TOURISMUS, ZUKUNFTSZENTRUM

Sport

Das Sportangebot in Halle ist vielfältig und soll für Sporttreibende und Zuschauer*innen auch so bleiben:

- öffentliche Mittel für den Breiten- und Freizeitsport einsetzen,
- Sponsoring durch städtische Unternehmen gezielt dem Breiten- und Freizeitsport widmen und offen einsehbar machen,
- Kinder- und Jugendsport für alle, durch bezahlbare Mitglieds- und Eintrittspreise, ermöglichen,
- Weiterentwicklung der Infrastruktur insbesondere im Hinblick auf Energieeffizienz stärken,
- Mehrwegpfandsystem bei Großveranstaltungen konsequent umsetzen.

Kunst und Kultur

Das kulturelle Angebot in Halle lebt von der Verbindung von Tradition und Moderne. Neben den klassischen Kulturangeboten sollen besonders freie, moderne, und experimentelle Kulturangebote besonders gefördert werden, um das bestehende Ungleichgewicht zugunsten klassischer Kulturstätten und -formate auszugleichen und für die städtischen Kulturangebote für alle zugänglich zu gestalten:

- mittelfristig kostenlosen Eintritt für Kinder und Jugendliche ermöglichen,
- „Halle-Pass-Ermäßigung“ fortführen und ausbauen,
- Verkauf von Restkarten zu erschwinglichen Preisen ermöglichen,
- barrierearmer Zugang zu Kulturveranstaltungen, insbesondere in finanzieller Hinsicht,
- Diversität im kulturellen Betrieb fördern. Dazu gehört auch, dass Fördermittel stärker geprüft (v.a. bzgl. Arbeitsschutzbedingungen, Umsetzung von Wegen zur Barrierefreiheit und Diskriminierungssensibilität) werden müssen.

- Spontanpartykultur der halleschen Jugend- und Kulturszene weiterhin ermöglichen, z.B. durch Moderation von Nachtbürgermeister*in bei Konflikten,
- künstlerische Nachwuchs fördern und Zugang zu Proberäumen ermöglichen,
- das Projekt Kinderstadt "Halle an Salle" soll zweijährig von den Bühnen Halle fortgeführt werden,
- ein Kindermuseum soll mittelfristig in Halle etabliert werden,
- leerstehende, städtische Gebäude kulturellen Akteur*innen kostengünstig zur Verfügung stellen, z.B. durch das Wächterhauskonzept,
- Räume und Flächen unbürokratisch für StreetArt schaffen,
- hallesche Clubkultur muss endlich auch förderpolitisch grundsätzlich berücksichtigt werden.

Tourismus

Halle bietet hervorragende Voraussetzungen für naturnahen Tourismus. Dafür muss die entsprechende Infrastruktur angeboten werden:

- Saale als natürliche Sehenswürdigkeit mit ihren Chancen für den Tourismus noch stärker in den Fokus rücken,
- Streckenführung des Saaleradweges optimieren und an neu geschaffene Infrastruktur (neue Brücken) anpassen.
- Anlege- und Rastplätze für Reisende schaffen, mit größtmöglichem Augenmerk auf Nachhaltigkeit, ohne Naturzerstörung und Flächenversiegelung. Ein Hauptaugenmerk soll dabei auf Rad- und Wasserreisenden liegen,
- kulturelle Highlights der Stadt und das Stadtmarketing Halle stärker bewerben,
- digitales und zeitgemäßes Informationssystem, besonders für die Themenfelder Natur und Kultur, entwickeln,
- touristische Infrastruktur barrierearm umgestalten.

Zukunftszentrum

Bei der konkreten Gestaltung und Entwicklung des Zukunftszentrums soll sich die Stadt konzeptionell einbringen, um so eine Verbindung zur Stadtgesellschaft zu erreichen:

- Potenziale des Zukunftszentrums für die regionale Wirtschaft ausschöpfen und bewerben,
- Zukunftszentrum eng mit der städtischen Entwicklung und Planung verknüpfen sowie zu einem aktiven Teil des Stadtlebens ausrichten,
- Leipziger Straße als Verbindung zwischen Zukunftszentrum und Stadtkern zu einer attraktiven Ader des Publikumsverkehrs entwickeln,
- Riebeckplatz zu einem reizvollen Platz für das städtische Leben entwickeln und durch Umnutzung des Kreisels die Aufenthaltsqualität verbessern.

4 ARBEIT, TRANSPARENZ, DIGITALISIERUNG, STADTVERWALTUNG, HAUSHALT, FINANZEN

Arbeit

Der Fachkräftemangel ist in allen Bereichen des Arbeitsmarktes zu spüren. Ob im Handwerk, in der Pflege, im Bereich Service, in der Industrie, aber auch in den Behörden. Dieser Fachkräftemangel wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter verschärfen. Für Halle müssen Maßnahmen getroffen werden, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken:

- Bürokratieabbau, in den für den Arbeitsmarkt relevanten Ämtern, vorantreiben,
- Zusammenarbeit zwischen Sozial- und Ausländeramt sowie Jobcenter und Agentur für Arbeit ausbauen,
- Anerkennung vorhandener Qualifikationen beschleunigen und vereinfachen,
- Anerkennung ausländischer Qualifikationen durch Aus- und Weiterbildung beschleunigen,
- bei Schaffung von Arbeitsplätzen mit inkludierter Aus- und Weiterbildung in städtischen Unternehmen Vorbildfunktion übernehmen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung ist ein großer Hebel zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Transparenz der Verwaltung. Ziel ist eine schnelle, hochwertige und effektive Erledigung von Dienstleistungen durch:

- konsequente und durchgängige Umsetzung der Digitalisierung, sowohl auf Seiten der Antragsstellung als auch auf Seiten der verwaltungsinternen Bearbeitung und Kommunikation nach außen,
- Entwicklung einer Verwaltungskultur, die von sich aus Informationen und Daten veröffentlicht (Open Data- und Informationsfreiheitsansatz),
- IT-Einsatz nach höchsten Umweltverträglichkeits- und Energieeffizienz-Standards bei Produkten und Dienstleistungen umsetzen,

KOMMUNALWAHLPROGRAMM

2024-2029

- Die IKT (Informations- und Kommunikationstechnologie) zur Umweltschonung z.B. durch Einspeisung der Rechenzentrum-Abwärme in das Fernwärmenetz, nutzen,
- vollständige Breitbandabdeckung im gesamten Stadtgebiet voranbringen.

Transparenz

Jenseits von Aufgaben und Prozessen der Stadtverwaltung ist das Vertrauen in das Handeln der öffentlichen Verwaltungen ein wesentlicher Baustein des Vertrauens in die Demokratie. Dazu benötigt es folgende Maßnahmen:

- Spenden und Sponsoring aller städtischen Unternehmen öffentlich machen,
- Verwaltungshandeln nachvollziehbar gestalten,
- bei konfliktbehafteten Themen Betroffene früher umfänglich und mit echten Gestaltungsoptionen einbeziehen.

Haushalt

Die Haushaltslage der Stadt Halle wird auch in den nächsten Jahren angespannt bleiben. Wichtig ist es, nicht nur alle Ausgaben der Stadt stetig zu hinterfragen, sondern auch neue Wege der sozial gerechten Einnahmenerhöhung zu prüfen und umzusetzen:

- Einsatz in allen zur Verfügung stehenden Gremien für eine Stärkung der Finanzausstattung der Stadt durch Bundes- und Landesmittel,
- weiterhin Fördermittel und Investitionen aktiv auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene sowie bei Privatinvestor*innen einwerben,
- Mittel aus dem Fonds für Strukturwandel Deutschland effizient nutzen,
- öffentlich einsehbare Investitionsvorhabenliste, welche den aktuellen Status der Investitionen genau erkennbar darstellt, fordern,
- Ansiedlung von kleinteiligem und nachhaltigem Gewerbe umfassend unterstützen, dabei hauptsächlich auch kleinere Liegenschaften innerhalb der Stadtgrenzen nutzen,
- Gründung von Start-ups und Ausgründungen neuer Unternehmen aus der Universität mit den erforderlichen Rahmenbedingungen unterstützen und begleiten,

- Einführung des geplanten kommunalen Energiemanagement-Systems beschleunigen.

Stadtverwaltung

Die Verwaltung der Stadt muss sich an ökologischen und sozialen Zielen orientieren und gleichzeitig effizienter werden. Hierzu sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Entwicklung einer neuen Führungskultur, die Eigenständigkeit, Motivation und Flexibilität fördert. Hierzu gehören z.B. regelmäßige Befragungen aller Mitarbeitenden und Ableitung von Maßnahmen aus den Ergebnissen,
- Gestaltung effizienterer Prozesse und Bürokratieabbau,
- Einführung einer Gemeinwohlbilanz bei allen städtischen Unternehmen, in der neben der ökonomischen Entwicklung auch die ökologische und nachhaltige Produktion berücksichtigt wird (Bsp. Stuttgart),
- Auftragsvergabe nur an Betriebe, welche ökologische, soziale und ethische Standards erfüllen,
- Divestment-Strategie bei den städtischen Unternehmen, d.h. Investitionen werden klar nach Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet und nicht nachhaltige Investitionen werden aufgelöst

5 MOBILITÄT, STADTENTWICKLUNG, WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT, EUROPA

Mobilität:

Die Förderung einer klimafreundlichen Mobilität in den Städten ist heute von zentraler Bedeutung. Die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und der Ausbau von Fuß- und Radwegen hat oberste Priorität.:

- bei Neu- und Umgestaltung öffentlicher Räume: Nutzung für klimafreundliche Mobilitätsformen, Stadtgrün und Begegnungsorte priorisieren und erhalten,
- Quartiersgaragen fördern, Park-and-Ride-Zonen besser sichtbar machen, Car-Sharing stärken, öffentlichen Parkraum flächendeckend bewirtschaften,
- Tempo 30 in der Innenstadt durchsetzen,
- Altstadt möglichst autofrei gestalten, um die Attraktivität der Innenstadt zu verbessern.

Fußverkehr

- barrierearme und ausreichend beleuchtete Fußwege gestalten,
- bei Sanierung von Fußwegen auf ebene Ausführung achten,
- Zuparken von Fuß- und Radwegen durch nachhaltige Maßnahmen vermeiden,
- Kreuzungen gegen Zuparken z. B. durch Markierungen oder Radbügel sichern und einsehbar machen,
- Sicherheit an besonders sensiblen Örtlichkeiten, z.B. Schulen, Kitas oder Altenheimen durch verkehrsberuhigende Maßnahmen schaffen.

Radverkehr

- zentrale und sichere Nord-Süd-Hauptverkehrsverbindung für den Radverkehr ausweisen,
- Fahrradwege sanieren und neu anlegen,

KOMMUNALWAHLPROGRAMM

2024-2029

- bessere und mehr Fahrradstellplätze in der Stadt anbieten,
- beschlossenes Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof schnell umsetzen und Möglichkeit eines Fahrradparkhauses am Marktplatz prüfen,
- ergänzend zu Radhauptverkehrsrouten in Nebenstraßen ein Netz von Fahrradstraßen aufbauen, hierbei die Straßenoberflächen verbessern und die dort geltenden Verkehrsregeln durch geeignete zusätzliche Beschilderung veranschaulichen,
- Radverbindungen in der Stadt gut erkennbar beschildern.

ÖPNV

- tagsüber 10-Minuten-Takt für Straßenbahn- und Buslinien einführen,
- Straßenbahnnetz erweitern:
 - eine Verlängerung nach Heide-Nord und eine Verbindung zwischen Torstraße und Hallmarkt über Glauchaer Straße und Hallorenring,
 - Prüfung der Tramverlängerung von der Haltestelle Trotha zum S-Bahnhof Trotha.
- Den Bahnhofsvorplatz zur Grünfläche mit Fahrradstellplätzen umwidmen, lediglich Taxi-, Behindertenpark- sowie wenige Kurzeithalteplätze erhalten, Parkplätze durch ein Parkhaus neben dem Bahnhof ersetzen,
- geeignete S-Bahnhöfe zu Knotenpunkten zwischen Verkehrsmitteln entwickeln,
- die Stadt soll sich für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Halle-Könnern und die Modernisierung der Strecke Halle-Kassel einsetzen.

Stadtentwicklung

In der aktuellen Stadtentwicklung sind vitale Innenstädte, alternative Wohnmodelle und die Erreichung einer klimaneutralen Stadt nicht mehr nur Forderungen, sondern vielmehr dringende Notwendigkeiten, um den urbanen Raum zukunftsfähig zu gestalten. Konkrete Maßnahmen dafür sind:

Klimaneutrale Stadtentwicklung

- Kriterienkatalog für klimaneutrales Bauen mit Fokus auf Gesamtlebensdauer entwickeln und auf städtische Bauvorhaben sowie Bebauungspläne anwenden,

KOMMUNALWAHLPROGRAMM

2024-2029

- klimaresiliente Stadt durch Maßnahmen des Wassermanagements, der Verwendung von resilienten Gehölzarten, aber insbesondere durch den Erhalt von städtischem Grün erschaffen,
- bei Bauvorhaben eine Netto-0-Versiegelung anstreben,
- Neuerschließungen von Bauvorhaben 1:1 durch Entsiegelungsmaßnahmen ausgleichen.

Wohnraum für alle Lebensmodelle

- gemeinnutzorientierte Genossenschaften u. ä. Modelle zur Sicherung von langfristig bezahlbarem Wohnraum und Bleibeperspektiven unterstützen,
- generationsübergreifendes und familienfreundliches Wohnen und Arbeiten in der urbanen Stadt besonders in den Blick nehmen,
- nichtkommerzielle Verweilräume für Jugendliche, aber auch junge Familien und Senioren, sowohl im öffentlichen Raum als auch in geschlossenen Räumen (Jugendclubs, Begegnungsstätten etc.) schaffen,
- Wohnstandort Altstadt in der Zukunft stärken,
- Innenentwicklung gegenüber der weiteren Zersiedelung des Stadtrandes bevorzugen und durch bauplanungsrechtliche Maßnahmen die Zersiedelung des Stadtrandes durch Einfamilienhaussiedlungen unterbinden,
- Leerstandsmanagement und Baulückenkataster einführen
- in allen Bauleitplanungen und bei städtebaulichen Verträgen sind soziale und ökologische Standards (wie z.B. eine ökologische Baubegleitung, Erhalt bestehender Baumstandorte, gesellschaftliche Projekte (z.B. Kita)) sicherzustellen,
- mit Blick auf die Ressourcenschonung-graue Energie- ist in der Regel der Erhalt von Bestandsbauten dem Neubau vorzuziehen.

Vitale Innenstadt

- Aktionsplan zur Aktivierung von Bestandsimmobilien im Einzelhandel unter Einbeziehung vieler Akteur*innen (IHK, Wirtschaftsförderung, potenzielle Nutzer*innen) und der Eigentümer*innen erarbeiten,
- Qualitätsmanagements für die Nutzung der halleschen Märkte einführen,

- umwelt- und klimafreundliche Logistik stärken
- in Fortschreibung des Flächennutzungsplanes den Grün- und Biotopverbund vorrangig berücksichtigen,
- der Marktplatz soll als Herz der Innenstadt aufgewertet werden, insbesondere durch qualitativ gute Veranstaltungen, aber auch durch bauliche Maßnahmen unter Einbeziehung von Klimaanpassungsmaßnahmen,
- durch bessere Moderation zwischen Vermieter*innen und Wirtschaft die Innenstadt vitalisieren,
- öffentliche, zugängliche und familienfreundliche (mit Wickeltischen und Kindertoiletten) Toiletten mit ausreichend Kapazität für Veranstaltungen in der Innenstadt bereitstellen,
- Einräumen von Erbbaurecht statt Verkauf städtischer Grundstücke, Errichtung eines Grundstücksfonds, der von Einräumung von Erbbaurechten bestückt wird, um weitere Grundstücke für die nächsten Generationen im gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt zu sichern.

Wirtschaft

Das Sterben der Innenstädte ist bundesweit in aller Munde und auch in Halle ein wichtiges Thema. Für eine lebenswerte, klimaangepasste Innenstadt mit einer hohen Verweildauer braucht es:

- mehr Stadtgrün, bessere Wege für Fuß- und Radverkehr und ein ergänzendes Dienstleistungs-, Freizeit- und Gastronomieangebot zum Einzelhandel fördern,
- wissenschaftliche Aspekte bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Steigerung der Verweilqualität und Vitalisierung der Innenstadt berücksichtigen.

Wirtschaft bedeutet nicht nur, die Innenstadt und den Einzelhandel zu betrachten, sondern die ganze Stadt. Deshalb wollen wir zur Gewinnung von neuen Gewerbeflächen keine Ackerflächen und Gehölzflächen, sondern leerstehende Alt-Industrie- und Gewerbeflächen nutzen.

Wissenschaft:

Die Wissenschafts- und Start-up-Szene ist ein wichtiger Teil der Wirtschaftskraft in Halle, die vor allem am Weinberg Campus zu finden ist. Um diese Zukunftschancen zu nutzen, werden wir:

- für die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf Landesebene eintreten,
- Weinberg Campus und das MMZ bei positiver Entwicklung unterstützen,
- Vernetzung zwischen Stadt und Wissenschaft stärker ausbauen und den Wissenstransfer stärken,
- Weltoffenheit und Toleranz durch lebendige Städtepartnerschaften festigen.

6 KINDER- UND JUGENDHILFE, ORDNUNG, SICHERHEIT, KAMPF GEGEN RECHTS, GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT, ALTERSGERECHTIGKEIT

Kinder- und Jugendhilfe

Die Förderung des Wohlbefindens und der positiven Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Familien ist ein zentrales Anliegen unserer Stadtgesellschaft. Die Kinder- und Jugendhilfe spielt hierbei eine bedeutende Rolle und umfasst verschiedene Maßnahmen und Dienstleistungen, die darauf abzielen, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu unterstützen:

- Kinderarmut durch Quotenerhöhung der Inanspruchnahme der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) verringern, durch:
 - Informationen und Aufklärung über das BuT bei Elternabenden, Elterngesprächen und öffentlichen Formaten mit Elternkontakt,
 - Übersetzung der Leistungsinhalte für Menschen mit Deutsch als Fremdsprache.
- Kinderbetreuungszeiten durch ausreichend Personal sichern:
 - personelle Stärkung des Eigenbetriebs durch aktive Werbung fördern,
 - Ausbildungseinstieg durch Vergütung des notwendigen Vorpraktikums ermöglichen,
- vorhandene Sozialarbeit in Kitas erhalten und ausbauen,
- Kinder- und Jugendhilfe durch Erhöhung der Mittel stärken,
- Freiräume schaffen
 - für beste Entwicklungschancen von Jugendlichen Beratungsangebote, aufsuchende Jugendarbeit, begleitende Jugendtreffs, selbstverwaltende Jugendclubs erhalten und erweitern, insbesondere das Stellwerk am Thüringer Bahnhof,
 - Spielplatzkonzeption zeitnah umsetzen,
 - Spielplätze erneuern und ausbauen,
 - Bauspielplätze dauerhaft etablieren und fördern,
 - Sozialraum Trotha stärken,
 - Kinder- und Jugendbibliothek ausbauen,

- Familien(bildungs-)zentrum/Familienbüro als zentralen Anlaufpunkt bei Fragen und Bedürfnissen schaffen,
- angemessene Kapazitäten für Inobhutnahme bereitstellen.

Sicherheit

Öffentliche Sicherheit muss Schwerpunkt in guter Kommunalpolitik sein. Wir arbeiten daran, eine sichere Stadt für alle zu gestalten: Frauen, queere Menschen, Menschen mit Rassismus- oder Antisemitismuserfahrung, Schüler*innen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Fluchterfahrung. Dazu gehört auch der (Jugend-) Kriminalität mit ganzheitlichen Ansätzen entgegenzutreten. Durch diese konkreten Maßnahmen soll jeder Mensch in Halle sicher leben können.

- Zusammenarbeit der Polizei, mit den Justizbehörden, dem städtischen Ordnungsamt und dem Jugendamt verbessern,
- Schulsozialarbeit an allen Schulen, besonders an Schwerpunktschulen stärken,
- Anzahl der Streetworker*innen erhöhen
- Ordnungsamt personell und sächlich so ausstatten, dass die Mitarbeiter*innen ihre Aufgaben rund um die Uhr, das heißt auch am Wochenende und zu den Nachtstunden, erfüllen können,
- Ordnungsamt mit Elektrorädern ausstatten,
- gemeinsame Streife von Polizei und City-Wache schaffen,
- Gewalt gegen Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht binäre, trans und agender Personen (FLINTA*) bekämpfen und Ursachen, insbesondere bei häuslicher Gewalt, aufarbeiten,
- Hasskriminalität gegen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in der Stadtgesellschaft und der Verwaltung konsequent bekämpfen.

Sicherheit in der Stadt

- Verkehrsüberwachung weiter stärken und auf den Schutz schwächerer Verkehrsteilnehmer*innen wie Kinder, Fußgänger- und Radfahrer*innen ausrichten,

- Berufsfeuerwehr und die Freiwilligen Feuerwehren so ausstatten, dass sie die zunehmenden Anforderungen, zum Beispiel aus Extremwetterereignissen, bewältigen,
- Vorantreiben der Einrichtung einer gemeinsamen Leitstelle mit dem Saalekreis.

Kampf gegen Rechts

Halle steht nach dem tödlichen rechten Anschlag vom 9. Oktober 2019 in besonderer Verantwortung, sich Antisemitismus und Rassismus wirksam entgegenzustellen:

- Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und anderen diskriminierenden Ideologien stärken und unterstützen,
- Stadtverwaltung mit ihren Mitarbeiter*innen interkulturell stärken,
- keine Zustimmung von Anträgen der AfD und deutliche Position gegen eine Normalisierung von rechtsextremem Akteur*innen in Kommunalvertretungen beziehen,
- Bündnis 90/Die Grünen Halle (Saale) sind aktives Mitglied im Bündnis „Halle gegen Rechts“.

Integration und kulturelle Vielfalt

Kulturelle Vielfalt ist für uns ein hohes Gut. Sie stellt eine Bereicherung unserer Stadt nicht nur in kultureller, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht dar. Der Beitrag der verschiedenen migrantischen Communities für unser Stadtleben ist oft zu wenig sichtbar und soll verbessert werden.

Die Integration von Migrant*innen und ein gelingendes Zusammenleben sind für uns Querschnittsthemen von Stadtgesellschaft und Politik. Wir entwickeln die Ausländerbehörde der Stadt zu einer Migrationsagentur nach dem Vorbild des Burgenlandkreises weiter, um das Ankommen und die Integration von Migrant*innen in unserer Stadt zu vereinfachen, indem wir Services aus einer Hand anbieten:

- Integrationskurszugang für Migrant*innen stärken sowie einen schnellen Zugang zu Sprachkursen ermöglichen,
- verpflichtende Teilnahme an Antidiskriminierungsseminaren insbesondere für Mitarbeitende der Ausländerbehörde sowie alle weiteren Angestellten der Stadtverwaltung,

- personelle Ausstattung der Ausländerbehörde massiv erhöhen; gezielt Menschen mit Flucht- bzw. Migrationsgeschichte einstellen,
- Einrichtung einer Fünf-Tage-Hotline zur Terminvereinbarung und Auskunft Erteilung, auf Deutsch, Arabisch, Englisch, Französisch sowie Persisch,
- in besonders grundrechtssensiblen Bereichen Vier-Augen-Prinzip einführen,
- Fallmanager*innen in der Ausländerbehörde für schnelle und unkomplizierte Unterstützung von Migrant*innen in Ausnahmesituationen,
- Behördenleitungen sensibilisieren, Abschiebungen, soweit möglich, zurückzustellen.

Vielfalt

Vielfalt und Inklusion sind unabdingbar mit unserer Vision einer zukunftsorientierten Stadt Halle verknüpft. Wir leben Vielfalt und fördern Inklusion aktiv und nachdrücklich, um eine Stadt zu schaffen, in der jede Person ihren Platz findet:

- Unterstützung einer barrierefreien Gestaltung aller kommunal (mit)finanzierten bzw. geförderten Freizeitangebote der Stadt (Kultur, Sport, Bildung etc.),
- Einführung von Inklusionsmarker zur Messbarmachung der Entwicklung der Barrierefreiheit städtischer Angebote und Leistungen,
- gezielte Förderung von öffentlichen nicht-kommerziellen Räumen für Menschen of Color zur freien Gestaltung und Verwendung,
- geschlechtliche und sexuelle Vielfalt als gelebte Realität stärken,
- Christopher-Street-Day (CSD), den Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHOBIT) und ähnliche Veranstaltungen unterstützen,
- queer feministische Jugendarbeit, queere Bildungs-, Jugend- und Antidiskriminierungsarbeit fördern, sowie Vereinen und Verbänden in diesen Bereichen unterstützen,
- Bedürfnisse nach Diversität und Vielfalt in der Stadtverwaltung und den kommunalen Eigenbetrieben anerkennen,

- Weiter- und Fortbildungen zur Sensibilisierung im Umgang mit Unterschiedlichkeit der Menschen fördern,
- Frauenquotenregelungen für Vorstände und Vorsitze in stadteigenen Betrieben und Gremien einführen.

Altersgerechtigkeit

Wir wollen, dass Menschen in jedem Alter ein gutes Leben führen können. Das bedeutet, dass alle Menschen respektiert werden, genug Geld haben, gleiche Chancen bekommen und gut versorgt werden, besonders im Alter. Hierfür benötigt es konkrete Maßnahmen:

- lebenslanges Lernen und aktive Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben ermöglichen,
- Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten für alle Generationen ermöglichen,
- positives Bild des Alters in der Gesellschaft verankern,
- Partizipation älterer Menschen an politischen Entscheidungsprozessen durch aktive Beteiligung ermöglichen,
- soziale Netzwerke und solidarische Gemeinschaften, die Isolation im Alter verhindern, unterstützen.